

# Gute GRÜNde gegen CETA

Offener Brief an die Grünen

19. Mai 2019

Hallo Ihr Grünen, die Ihr mit uns gegen CETA auf die Straße gegangen seid!

Wir vertreten lokale Bündnisse, die bundesweit aus der Bewegung gegen CETA und TTIP hervorgegangen sind. In unseren Reihen sind Vertreter\*innen von Kirchen, Umweltverbänden, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir werden unterstützt von Parteien, an vielen Orten auch von Euch Grünen.

Die Fridays4Future-Bewegung bringt es auf den Punkt. Ohne entschiedenes politisches Handeln wird es für unsere Kinder keine Zukunft auf diesem Planeten geben. Die Bewegung wird von über 26.800 Wissenschaftler\*innen bestärkt. Auch B'90/Die Grünen unterstützen die Einschätzung und Aktionen der jungen Leute. In dieser Situation erhaltet Ihr Grünen zusätzliche Wählerstimmen von Menschen, die auf Euer Umweltbewusstsein und auf Euer konsequentes Handeln vertrauen.

Indessen scheinen mehrere Landesverbände von B'90/Die Grünen aus unterschiedlichen Gründen bereit zu sein, CETA im Bundesrat zuzustimmen. Wie geht das zusammen? CETA hat höchst negative Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Verbraucherschutz. Dies ist Euch wohlbekannt.

Wir verweisen auf den jüngsten Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Er bestätigt, dass Handelsverträge wie CETA die Demokratie zerstören und die staatliche Regulierungsfähigkeit massiv einschränken. Der Klimakrise, die der Bericht als das größte "Marktversagen" der Geschichte qualifiziert, sei nur durch starke staatliche Regulierungen beizukommen. Letztendlich fordert der Bericht die Rücknahme der Freihandels- und Investitionsabkommen, die den politischen Spielraum besonders zerstören.<sup>1</sup>

Ihr könnt doch nicht mit 320.000 Menschen gegen TTIP und CETA demonstrieren und zwei Jahre später CETA durchwinken! (vgl. auch <https://u.to/P4A4FQ>).

CETA wird im Bundesrat gestoppt, wenn sich die Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung der Stimme enthalten. Wir erwarten, dass Ihr Wort haltet und CETA nicht zustimmt. Seit Jahrzehnten ist es ein übliches Verfahren im Bundesrat, dass ein Land sich der Stimme enthält, wenn sich Koalitionspartner nicht einig sind. Diese Vorgehensweise ausgerechnet bei einem Thema von derartiger Tragweite außer Kraft zu setzen, wäre unverantwortlich – besonders gegenüber unseren Kindern.

## Unser dringender Appell an Euch Grünen:

- **Tut alles, was in Eurer Macht steht, um den Klimawandel und CETA zu stoppen! Unterstützt keine Freihandelsverträge, die die Demokratie zerstören und das UN-Klimaabkommen gefährden!**
- **Erklärt, dass gegebene Koalitionsszusagen, im Bundesrat für CETA zu stimmen, in Anbetracht des fortgeschrittenen Klimawandels nicht eingehalten werden können!**

**Freihandelskritische Initiativen und Bündnisse in Deutschland**

Der Brief kann von Gruppen und Einzelpersonen unterzeichnet werden: [www.ceta-im-bundesrat.de](http://www.ceta-im-bundesrat.de)

<sup>1</sup>vgl. <https://tinyurl.com/y6m2awlk>

## Der offene Brief an die Grünen

wurde in ähnlichem Wortlaut von den "Hessischen Bündnissen gegen CETA & Co. im Netzwerk Gerechter Welthandel" und 89 Mitzeichnenden auf der Landesmitgliederversammlung der Hessischen Grünen am 11.05.2019 verteilt.

Unbeeindruckt davon halten die Hessischen Grünen an der Koalitionsvereinbarung fest, CETA im Bundesrat zuzustimmen.

**Wir rufen Sie auf, den aktuellen Brief bei [www.ceta-im-bundesrat.de](http://www.ceta-im-bundesrat.de) ebenfalls namentlich zu unterstützen.**

**Sprechen Sie auch mit den Grünen vor Ort und den Europakandidat\*innen!**

**Eine Partei kann nicht glaubwürdig mit klimapolitischen Zielen in den Europawahlkampf ziehen und auf Landesebene CETA durch den Bundesrat winken!**

## CETA im Bundesrat stoppen!

### Hintergrundinformationen

Das Freihandels- und Investitionsabkommen CETA wurde im Oktober 2016 von der EU und Kanada unterzeichnet. Im Februar 2017 stimmte das EU-Parlament — gegen die Stimmen der Grünen und Linken sowie einzelner sozialdemokratischer Abgeordneter zu. Seit September 2017 sind Teile des Abkommens vorläufig in Kraft. Nun muss noch das Investitionsschutzkapitel von den Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden, in Deutschland haben sowohl Bundestag als auch Bundesrat zuzustimmen.

Die Deutsche Ratifizierung wird nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts erwartet. Der EuGH war auf Antrag Belgiens mit der Prüfung der Vereinbarkeit der Investor-Staats-Schiedsgerichte (ISDS) mit europäischem Recht befasst, die er jetzt - im enttäuschenden Gutachten vom 30.04.2019 - festgestellt hat. Offen ist weiterhin die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über eine Verfassungsklage zu den Kompetenzen des Gemischten CETA-Ausschusses.

CETA beschränkt die sozial- und umweltpolitische Handlungsfähigkeit gewählter Regierungen mit völkerrechtlich bindender Wirkung. Der vorliegende Vertragstext sieht trotz formaler Nachbesserungen (Investitionsgerichtssystem statt privaten Schiedsgerichten) eine investorenfreundliche Paralleljustiz vor. Demokratisch nicht legitimierten Ausschüssen wie dem gemischten CETA-Ausschuss wird großer Einfluss auf die nationale Gesetzgebung eingeräumt. Weitreichende Liberalisierungsverpflichtungen für die öffentliche Daseinsvorsorge beschränken das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und verschärfen den Privatisierungsdruck. Während aktiver Klimaschutz im Vertragstext kaum eine Rolle spielt, sind Investitionen in fossile Energien explizit geschützt.

**Noch gibt es gute Chancen, CETA zu stoppen**, weil das Abkommen von *allen* EU-Mitgliedsstaaten zu ratifizieren ist. Da in Deutschland auch der Bundesrat mit mindestens 35 JA-Stimmen zustimmen muss, ist CETA vom Tisch, wenn sich die Landesregierungen mit grüner, linker bzw. FW Beteiligung der Stimme enthalten.